

Antwort der SPD Steglitz-Zehlendorf der Wahlprüfsteine des Aktionsbündnis Lichterfelde Süd, zu die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf 2021.

(Die Antworten der SPD sind nach den Fragen, grau markiert, eingefügt)

Bei dem als Bebauungsplan Lichterfelde-Süd laufenden Verfahren handelt es sich mit etwa 2.500 geplanten Wohnungen um eines der größten aktuellen Berliner Wohnungsbauvorhaben. Ohne vorherige Machbarkeitsprüfung stellte das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf 2013 dem Immobilienentwickler Groth durch eine vorvertragliche Vereinbarung Baurecht in Aussicht.

Nach derzeitigem Kenntnisstand soll in Lichterfelde-Süd vor allem Wohneigentum entstehen. Etwa 200 Arbeits- und Ausbildungsplätze gingen bereits neben einem Stadtteil mit relativ hoher Arbeitslosigkeit verloren. Das Vorhaben wird zu kaum lösbaren Verkehrs-, Lärm- und Stadtklimaproblemen in seiner Umgebung führen. Das geplante Vorhaben ist mit erheblichen Eingriffen in die Natur und die Artenvielfalt verbunden. Um den ärgsten Fehlentwicklungen entgegenzuwirken, werden die Politiker, die den Bebauungsplan noch beschließen müssen, aufgefordert, die folgenden Forderungen zu beachten:

- 1 In Berlin besteht ein erheblicher Fehlbedarf an bezahlbarem Wohnraum. Deshalb muss mindestens die Hälfte der geplanten Wohnungen zu einer Netto-Kaltmiete von höchstens 6,50 Euro angeboten werden können.

Vorgesehen sind momentan 25 % der Wohnungen in aktueller Höhe der sozialen Mietpreisbindung, darüber hinaus werden wir in Einzelverhandlungen gehen müssen, z.B. zur Versorgung bestimmter Zielgruppen im Rahmen von Wohnraumbündnissen. Ein wirklich wirksames Wohnraumbündnis setzt allerdings eine starke Stimme der SPD im nächsten Bezirksamt voraus.

- 2 Die Machbarkeit des geplanten Wohnungsbauvorhabens muss im Voraus durch **unabhängige** Verkehrs-, Lärm- und Klimagutachter bestätigt werden.

Die SPD fordert weiterhin vom Bezirksamt beauftragte und neutrale Verkehrs-, Lärm- und Klimagutachten welche den empirisch erwartbaren Gesamtverkehr, sowie der Bauvolumina unter Berücksichtigung der Entwicklung der Umgebung feststellt und die Ergebnisse mit Blick vor allem auf die Erfordernisse des Klimaschutzes kritisch bewertet.

- 3 Das Mobilitätsverhalten der jetzigen und zukünftigen Bewohner im und beim Plangebiet wird durch übermäßig belastete Verkehrsverbindungen im ÖPNV und Individualverkehr bestimmt. Die am Südrand von Berlin zu erwartende Verkehrsentwicklung durch den Flughafen BER, das Güterverteilzentrum Großbeeren, Wohnungsneubau in Heinersdorf und Teltow ist unter Einhaltung des Mobilitätsgesetzes zu beachten: Verhindern Sie das zu erwartende Verkehrschaos im Bereich des Ostpreußendamms, in Osdorfer Straße und dem Lichterfelder Ring, die den Verkehr an die neue Siedlung heranführen, der dann zu 90 % über den Landweg in die neue Siedlung geführt wird!

Siehe Antwort zu Frage 2, natürlich muss ein Verkehrsgutachten auch die Bebauungen in den angrenzenden Gemeinden beachten. Die Osdorfer Strasse muss ausgebaut und der Anschluss nach Brandenburg muss sichergestellt werden. Um die zu erwartenden zusätzlichen Mengen an Nutzer*innen im ÖPNV aufzunehmen, müssen die Bustakte erhöht und über Busspuren gesichert werden. Außerdem muss perspektivisch der S-Bahn Takt auf 5 Minuten erhöht werden.

- 4 Das Lärmgutachten muss auch den Lärm bewerten, der durch den neuen Stadtteil auf sein Umfeld ausstrahlt (Verkehr, Reflexion von Schienen- und Kfz-Lärm durch Gebäude). Parallel zur Aufstellung des Bebauungsplans soll ein Lärmentlastungsprogramm für Lichterfelde entwickelt werden, das alle wesentlichen Lärmursachen (Straßen-, Schienen- und Fluglärm) beachtet.

- 5 Die geplanten Gebäude werden für viele Jahrzehnte errichtet. Ein unabhängiges Klimagutachten muss unter Beachtung der erwarteten weiteren Klimaentwicklung den Einfluss des geplanten Bauvorhabens auf das Stadtklima in der bereits stark klimatisch belasteten Thermometersiedlung und Umgebung untersuchen. Die Ausrichtung der neuen Gebäude verhindert den Zufluss nächtlicher Kaltluftströme in die bestehende Siedlung, so dass eine nächtliche zusätzliche Wärmebelastung für die Einwohner:innen - besonders bei aufeinanderfolgenden Tropennächten - mit einem Anstieg der hitzebedingten Sterblichkeit, zu befürchten wäre. Das Statistische Bundesamt zählte 4.200 Hitzetote für August 2020.

Zu Fragen 4 und 5: Weitere Gutachten müssen das Bauvorhaben unter Umständen begleiten, denn insbesondere neue Vorgaben für den Klimaschutz im Zusammenhang mit derartigen komplexen großen Neubauvorhaben entwickeln sich dynamisch weiter. Die Begrünung der Gebäude ist nur ein mögliches Thema, welches noch aufgerufen werden muss. Für das zukünftige Bezirksamt muss es daher verpflichtend sein, das Bauvorhaben konstruktiv-kritisch zu begleiten und alle Anpassungen, die in Zukunft rasch auch die Bauordnungen betreffen werden, in der Umsetzung des Projektes zu beachten.

- 6 Die Planung einer Grundschule unmittelbar an Bahnanlagen mit werktäglich mehr als 400 Zugfahrten ist unverantwortlich. Ermöglichen Sie stattdessen den auch bildungspolitisch notwendigen Bau einer Gemeinschaftsschule für den Bezirk auf einem Standort, der eine fußläufige Kooperation mit der vorhandenen Mercator-Grundschule ermöglicht.
- 7 Der Stadtplatz mit den dort vorgesehenen Einkaufsmöglichkeiten sollte im Interesse kurzer Wege in zentraler Lage zwischen neuem Stadtteil und Thermometersiedlung, etwa auf Höhe der Einmündung der Celsiusstraße in der Réaumurstraße, angelegt werden. Der Stadtplatz an dieser Stelle wäre auch ein geeigneter Standort für eine als Multifunktionsgebäude benötigte Nachbarschafts- und Begegnungsstätte.

Zu Fragen 6 und 7: Zentrale Verschiebungen der sozialen Infrastruktur in dem Bebauungsplan werden nicht mehr ohne weiteres möglich sein. Der jetzige Bebauungsplan hat die bezirklichen Gremien durchlaufen und passiert jetzt in wesentlicher Instanz die öffentliche Auslegung. Für die angesprochene Planung einer Gemeinschaftsschule sieht die SPD weiterhin den Standort Ostpreussendamm als einen realistischen und durchaus fußläufigen Standort an. Wir haben uns SPD seitig erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Schulstandort im Neubaugebiet zeitgerecht fertig gestellt wird. Der geplante Stadtplatz in seiner eingeschlossenen Form hinter den Wohntürmen entspricht nicht den Vorstellungen der SPD. Die Erreichbarkeit der öffentlichen Infrastruktur ist dadurch für die Bewohner*innen der Thermometersiedlung zumindest erheblich erschwert.

- 8 Für die Nahversorgung des neuen Stadtteils und der Thermometersiedlung mit Handwerks- und Dienstleistungen soll in einem Gewerbe-/Mischgebiet in der Nähe des Stadtplatzes oder am Landweg, z. B. in Form eines Gewerbehofs, Raum für Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffende Betriebe eingerichtet werden.

Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass im gesamten Neubaugebiet Raum bleibt für Mischgewerbe mit bezahlbaren Mieten.

- 9 Nach dem Landschaftsprogramm besteht für die Bewohner der Thermometersiedlung ein erhebliches Defizit an wohnungs- und siedlungsnahen Naherholungsflächen. Bei zukünftig etwa 10.000 Bewohnern des neuen Stadtteils und der Thermometersiedlung besteht nach dem Berliner Landschaftsprogramm ein Naherholungs-Flächenbedarf von 13 Hektar. In einem geplanten Baugebiet von 39 Hektar kann diese Fläche bei Verzicht auf die bisher geplante Bebauung mit Reihenhäusern und Doppelhaushälften bereitgestellt werden.

Die Einschränkung der Naherholungsflächen für die Bevölkerung des neuen Stadtteils und der bestehenden Thermometersiedlung entsteht aus Sicht der SPD vor allem aus der massiven Ausweitung der Bebauung mit Einfamilienhäusern, die wir von Beginn an abgelehnt haben.

- 10 Das Stalag III D ist im 2. Weltkrieg das einzige in einer deutschen Großstadt gelegene Kriegsgefangenen-Mannschaftsstammlager gewesen. An der Osdorfer Str./ Ecke Landweg befand sich eines seiner Hauptlager. In einer noch vorhandenen Lagerbaracke sollte ein Gedenk- und Lernort eingerichtet werden.

Diese Forderung unterstützt die SPD in Steglitz-Zehlendorf vollumfänglich.

- 11 Für die an das geplante Baugebiet anschließende Lichterfelder Weidelandschaft und ihre Biotopverbindungen muss das Verfahren einer Unterschutzstellung als Landschaftsschutzgebiet bzw., soweit naturschutzfachlich geboten, als Naturschutzgebiet unverzüglich eingeleitet werden. Naturrechtlich geschützte Gebiete dürfen nicht bebaut werden.

Diese Forderung unterstützt die SPD in Steglitz-Zehlendorf vollumfänglich.

Zu diesen Themen und Forderungen halten wir eine konkrete Bürgerbeteiligung bei der Umsetzung der genannten Ziele für notwendig, um einen Interessenausgleich zur Planung des Bauherrn zu erreichen. Die Bürgerinnen und Bürger werden die Parteien daran messen, ob die politischen Entscheidungsgremien die öffentlichen Interessen vertreten oder die Interessen des Bauherrn.

oo

Antwort von Carolyn Macmillan Kandidatin für das Abgeordnetenhaus in Steglitz-Zehlendorf, Wahlkreis 4

1. In Berlin besteht ein erheblicher Fehlbedarf an bezahlbarem Wohnraum. Deshalb muss mindestens die Hälfte der geplanten Wohnungen zu einer Nettokaltmiete von höchstens 6,50 Euro angeboten werden können.

Im Jahr 2018 hat die Wahl des Datums zur Unterzeichnung des Städtebaulichen Vertrages darüber entschieden, ob das Bauvorhaben in Lichterfelde Süd die alten Vorgaben von 25% oder die neuen Vorgaben von 30% hinsichtlich der sozialen Mietpreisbindung nach dem Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung umsetzen wird:

Dass die schwarz-grüne Zählgemeinschaft den geringen Anteil an bezahlbarem Wohnraum in unserem Bezirk nicht durch die maximale Ausschöpfung des Berliner Modells aufgestockt hat, spricht Bände für die Ursache unseres Wohnraumproblems in Steglitz-Zehlendorf.

Nun muss aber mit den geschaffenen Tatsachen des CDU regierten Bezirks und einem Sozialraumanteil von 25% für das Bauvorhaben gearbeitet werden, denn Nachbesserungen im Vertrag gehen nur im beidseitigen Einverständnis zwischen dem Bezirk und dem Investor. Vertragsbrüchig zu werden zöge erhebliche Kosten für den Bezirk und ggf. für das Land Berlin nach sich.

Um nicht alleinig auf die Ausschöpfung des Berliner Modells angewiesen sein zu müssen, setzen wir deshalb als SPD weiterhin auf die Umsetzung eines bezirklichen Wohnraumbündnisses. Das kann zusätzlich zielgruppenorientiert bezahlbaren Wohnraum innerhalb des gesamten Bezirks Steglitz-Zehlendorf umsetzen. Voraussetzung ist allerdings, dass die nächste bezirkliche Koalition und ihre Bezirksregierung für eine ernsthafte und umfängliche Umsetzung des bereits vorhandenen Beschlusses sorgt.

2. Die Machbarkeit des geplanten Wohnungsbauvorhabens muss im Voraus durch unabhängige Verkehrs-, Lärm- und Klimagutachter bestätigt werden.

Dem kann ich nur zustimmen. Ich werde mich weiterhin darum bemühen.

3. Das Mobilitätsverhalten der jetzigen und zukünftigen Bewohner im und beim Plangebiet wird durch übermäßig belastete Verkehrsverbindungen im ÖPNV und Individualverkehr bestimmt. Die am Südrand von Berlin zu erwartende Verkehrsentwicklung durch den Flughafen BER, das Güterverteilerzentrum

Großbeeren, Wohnungsneubau in Heinersdorf und Teltow ist unter Einhaltung des Mobilitätsgesetzes zu beachten: Verhindern Sie das zu erwartende Verkehrschaos im Bereich des Ostpreußendamms, in Osdorfer Straße und dem Lichterfelder Ring, die den Verkehr an die neue Siedlung heranführen, der dann zu 90 % über den Landweg in die neue Siedlung geführt wird!

Da die Brandenburger ihre neu geplante Osdorfer Straße nicht an die Berliner Osdorfer Straße anschließen werden, müssen wir von Berliner Seite für den Anschluss an die Osdorfer Straße aus Brandenburg sorgen. Im Zuge der wachsenden Stadt wird eine gute verkehrliche Anbindung von und nach Brandenburg immer wichtiger.

Zudem müssen Busspuren entlang der Osdorfer Straße eingerichtet werden, die über den Ostpreußendamm weiter Richtung Steglitz und Zehlendorf geführt werden. Studien haben gezeigt, dass gerade der morgendliche Verkehrsfluss zu Stausituationen an den Verkehrsknotenpunkten entlang des Ostpreußendamms führen wird.

Die geplante Erhöhung der Bustaktung von und nach Lichterfelde Süd, so wie die von mir geforderte Verlängerung der Züge der S-Bahnen S25/26 (Beschluss) und die von uns unterstützte Forderung nach der Erhöhung der Zugtaktung (alle 5 Minuten) durch den zweigleisigen Ausbau der Strecke, sind essentiell für die Entlastung auf den Straßen durch den ÖPNV.

Auch beim U-Bahn Ausbau der U9, mindestens bis nach Lankwitz, werde ich weiterhin meine Bemühungen fortsetzen: Diese attraktive Umsteige-Option von der S25/26 auf die U-Bahn Richtung City-West wird die Entscheidung erleichtern das Auto stehen zu lassen.

4. Das Lärmgutachten muss auch den Lärm bewerten, der durch den neuen Stadtteil auf sein Umfeld ausstrahlt (Verkehr, Reflexion von Schienen- und Kfz-Lärm durch Gebäude). Parallel zur Aufstellung des Bebauungsplans soll ein Lärmentlastungsprogramm für Lichterfelde entwickelt werden, das alle wesentlichen Lärmursachen (Straßen-, Schienen- und Fluglärm) beachtet.

Wie schon zuvor erwähnt unterstütze ich ein unabhängiges Lärmgutachten. Bei hohen Werten der Lärmbelastung, setze ich mich selbstverständlich für ein Lärmentlastungsprogramm für Lichterfelde Süd ein. Vorab aber ist es nötig, dass es im Bezirk durch förderliche Mehrheiten gelingt, ein unabhängiges Lärmgutachten rechtzeitig auf den Weg zu bringen.

5. Die geplanten Gebäude werden für viele Jahrzehnte errichtet. Ein unabhängiges Klimagutachten muss unter Beachtung der erwarteten weiteren Klimaentwicklung den Einfluss des geplanten Bauvorhabens auf das Stadtklima in der bereits stark klimatisch belasteten Thermometersiedlung und Umgebung untersuchen. Die Ausrichtung der neuen Gebäude verhindert den Zufluss nächtlicher Kaltluftströme in die bestehende Siedlung, so dass eine nächtliche zusätzliche Wärmebelastung für die Einwohner:innen - besonders bei aufeinanderfolgenden Tropennächten mit einem Anstieg der hitzebedingten Sterblichkeit, zu befürchten wäre. Das Statistische Bundesamt zählte 4.200 Hitzetote für August 2020.

Dem kann ich nur zustimmen. Ich werde mich weiterhin im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben in Lichterfelde-Süd um ein unabhängiges Klimagutachten, als auch für Maßnahmen zur Temperatursenkung bei Tropennächten in der angrenzenden Thermometersiedlung einsetzen. Damit ich damit Erfolg habe benötig es aber auch für dieses Anliegen förderliche Mehrheitsverhältnisse in der Bezirksverordnetenversammlung: Schwarz-Grün hat meinen Antrag für ein unabhängiges Klimagutachten in der auslaufenden Wahlperiode der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf abgelehnt.

6. Die Planung einer Grundschule unmittelbar an Bahnanlagen mit werktäglich mehr als 400 Zugfahrten ist unverantwortlich. Ermöglichen Sie stattdessen den auch bildungspolitisch notwendigen Bau einer Gemeinschaftsschule für den Bezirk auf einem Standort, der eine fußläufige Kooperation mit der vorhandenen Mercator-Grundschule ermöglicht.

Größere Verschiebungen der Baukörper und der sozialen Infrastruktur werden nach der zur Kenntnisnahme der jüngsten B-Plan-Änderungen im Stadtplanungsausschuss und in der Bezirksverordnetenversammlung nicht mehr umzusetzen sein. Die SPD hat im Stadtplanungsausschuss zu Protokoll gegeben, dass sie diese Änderungen nicht zur Kenntnis nehmen will. Leider hat diese Formsache keine Auswirkung auf die Aktualisierung des B-Planes.

Der Schulstandort an der Bahn ist ungünstig. Aber er ist so gewählt, dass große Überschneidungen der Einzugsgebiete von der Mercator-Grundschule und der Grundschule auf dem Neubaugebiet ausgeschlossen sind.

Der Wunsch nach einer Gemeinschaftsschule benötigt Platz für das Konzept vom Schulanfang bis zum Abitur - und das Bauen von Schulen ist keine schnelle Sache: Auf dem Schulerwartungsland am Ostpreußendamm, nahe Lippstädter Straße, gibt es ausreichend Platz und es ist gewährleistet, dass innerhalb weniger Jahre die benötigte Oberschule für Lichterfelde Süd - oder auch eine Gemeinschaftsschule, die ich im kommunalen Wahlprogramm der SPD für dieses Gelände fordere - umgesetzt wird. Die Fläche wartet schon seit längerer Zeit auf den Bau einer Oberschule und kann entsprechend schnell die Mittel für eine Umsetzung für sich beanspruchen.

7. Der Stadtplatz mit den dort vorgesehenen Einkaufsmöglichkeiten sollte im Interesse kurzer Wege in zentraler Lage zwischen neuem Stadtteil und Thermometersiedlung, etwa auf Höhe der Einmündung der Celsiusstraße in der Réaumurstraße, angelegt werden. Der Stadtplatz an dieser Stelle wäre auch ein geeigneter Standort für eine als Multifunktionsgebäude benötigte Nachbarschafts- und Begegnungsstätte.

Wahrscheinlich lässt sich der Stadtplatz nicht mehr wesentlich verschieben (siehe Antwort zu 6), wengleich der Vorschlag für den Standort des Stadtplatzes für die Menschen der Thermometersiedlung und das Zusammenwachsen der Wohnviertel sicherlich gut wäre.

In der Planung ist der Stadtplatz durch Wohntürme nur über Umwege von der Thermometersiedlung aus zu erreichen: Das entspricht nicht dem Interesse der SPD, der es ein Anliegen ist, dass die Thermometersiedlung gleichermaßen von der verbesserten gewerblichen Infrastruktur durch das Neubaugebiet in Lichterfelde-Süd profitiert.

Fazit: Die Neubausiedlung hätte durch die Verteilung von gewerblicher Infrastruktur am Stadtplatz, in den Gewerbe-Misch-Gebieten und an den Quartiersplätzen ausreichend gewerbliche Belebung, jedoch den Menschen der Thermometersiedlung wird die Mitnutzung dieser gewerblichen Infrastruktur erschwert.

8. Für die Nahversorgung des neuen Stadtteils und der Thermometersiedlung mit Handwerks- und Dienstleistungen soll in einem Gewerbe-/Mischgebiet in der Nähe des Stadtplatzes oder am Landweg, z. B. in Form eines Gewerbehofs, Raum für Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffende Betriebe eingerichtet werden.

Ich spreche mich selbstverständlich dafür aus, dass viele Menschen Arbeiten und Wohnen in Lichterfelde Süd miteinander verbinden können. Weiterhin werde ich mich auch dafür stark machen, die geplante gewerbliche Infrastruktur möglichst vielen Menschen in Lichterfelde Süd leicht zugänglich zu machen.

9. Nach dem Landschaftsprogramm besteht für die Bewohner der Thermometersiedlung ein erhebliches Defizit an wohnungs- und siedlungsnahen Naherholungsflächen. Bei zukünftig etwa 10.000 Bewohnern des neuen Stadtteils und der Thermometersiedlung besteht nach dem Berliner Landschaftsprogramm ein Naherholungs-Flächenbedarf von 13 Hektar. In einem geplanten Baugebiet von 39 Hektar kann diese Fläche bei Verzicht auf die bisher geplante Bebauung mit Reihenhäusern und Doppelhaushälften bereitgestellt werden.

Die Einschränkung der Naherholungsflächen für die Bevölkerung des neuen Stadtteils und der Thermometersiedlung entsteht aus meiner Sicht, so wie der Sicht der bezirklichen SPD,

vor allem aus der massiven Ausweitung der Bebauung mit Einfamilienhäusern, die wir von Beginn an abgelehnt haben.

10. Das Stalag III D ist im 2. Weltkrieg das einzige in einer deutschen Großstadt gelegene Kriegsgefangenen-Mannschaftsstammlager gewesen. An der Osdorfer Str./ Ecke Landweg befand sich eines seiner Hauptlager. In einer noch vorhandenen Lagerbaracke sollte ein Gedenk- und Lernort eingerichtet werden.

Ich stimme zu und unterstütze diese Forderung. Gleiches trifft für die bezirkliche SPD zu.

11. Für die an das geplante Baugebiet anschließende Lichterfelder Weidelandschaft und ihre Biotopverbindungen muss das Verfahren einer Unterschutzstellung als Landschaftsschutzgebiet bzw., soweit naturschutzfachlich geboten, als Naturschutzgebiet unverzüglich eingeleitet werden. Naturrechtlich geschützte Gebiete dürfen nicht bebaut werden.

Ich stimme zu und unterstütze diese Forderung. Gleiches trifft für die bezirkliche SPD zu.

|